

Liebe Genossinnen und Genossen,

im Sommermonat Juli stehen diesmal zwei Termine im Distrikt an. **Am Dienstag den 11. Juli 2017** halten wir unsere monatliche **Distriktsversammlung** ab. Dort werden wir natürlich über den Programmparteitag vom 25.06.2017 diskutieren. Das beschlossene Regierungsprogramm findet ihr auf:

(<https://www.spd.de/aktuelles/detail/news/gerechtigkeit-zukunft-europa-2/25/06/2017/>)

und eine kurze Zusammenfassung auf Seite 2. Und natürlich werden wir uns auch die Zeit nehmen, über den G20 Gipfel in Hamburg zu sprechen.

Am **Freitag, den 14. Juli 2017**, ab **16:00 Uhr** steigt dann unser traditionelles Sommergrillen im BSV-Treff. Ab ca. 18:00 Uhr würden wir dann den Grill anfeuern. Wir möchten darum bitten, euch noch **bis zum 10. Juli bei Andreas Ernst anzumelden**, damit wir den Grillabend planen können. Bitte meldet auch vegetarische Wünsche mit an.

Dies könnt ihr entweder telefonisch unter **0172 54 21 884** oder sendet eine E-Mail an: **andreas.richard.ernst@web.de**.

Um die Distriktskasse ein wenig zu entlasten, würden wir einen Kostenbeitrag von 3,- Euro pro Person erheben. Die Getränke müssten individuell mit dem BSV-Treff abgerechnet werden.

Mit solidarischen Grüßen

Andreas Ernst



Distriktsversammlung

Themen : „SPD-Regierungsprogramm und G20 in Hamburg“

Datum: Dienstag, 11. Juli 2017

Ort: BSV-Treff, Ellernreihe 88, 22179 Hamburg

Uhrzeit: 19:30Uhr



Sommergrillen:

Motto:

Am 24.09. geht es um die Wurst

Datum: Freitag, 14. Juli 2017

Ort: BSV-Treff, Ellernreihe 88, 22179 Hamburg

**Uhrzeit: ab 16:00Uhr
Grillzeit: ab 18:00Uhr**



**Kontakt:
SPD Bramfeld-Süd
Andreas Ernst
Seekamp
22179 Hamburg
sued@spd-bramfeld.de
www.spd-bramfeld.de**





SPD beschließt Regierungsprogramm Gerechtigkeit. Zukunft. Europa.

Die SPD hat geschlossen das Regierungsprogramm für die Bundestagswahl beschlossen. Unter anderem sollen 80 Prozent der Menschen von Steuern und Abgaben entlastet werden. Das Rentenniveau soll nicht weiter absinken – und das Rentenalter nicht steigen. Kanzlerkandidat Martin Schulz betonte auch leidenschaftlich die Bedeutung eines einigen und starken Europas.

Martin Schulz hat am Sonntag auf dem Parteitag in Dortmund mit einer kämpferischen Rede auf einen heißen Wahlkampf eingeschworen. Er begeisterte damit die mehr als 6500 Gäste und Delegierte in der Westfalenhalle. Das SPD-Regierungsprogramm wurde einstimmig beschlossen.

Leidenschaftlich hat SPD-Kanzlerkandidat Martin Schulz die Delegierten und Gäste des SPD-Parteitags auf den anstehenden Wahlkampf eingestimmt. Jetzt gehe es um eine „Richtungsentscheidung“ für Deutschland. Er kämpft für sozialen Fortschritt, eine freie, offene Gesellschaft und ein Europa, das stark und einig ist. Angela Merkel warf er einen „Anschlag auf die Demokratie“ vor.

Schulz übte in seiner Rede auch scharfe Kritik an der Union und ihrer demokratieverachtenden Wahlkampfstrategie – aus Kalkül die Auseinandersetzung mit der SPD bei wichtigen politischen Themen wie Rente und Steuern zu vermeiden. Die SPD kontert mit einer politischen Vision für die Zukunft Deutschlands.

Eine selbstbewusste Partei stellte sich geschlossen hinter Martin Schulz und sorgte für eine grandiose Stimmung auf dem Parteitag – mit Live-Musik und guter Debatte.

Und mit einem starken Programm: Die SPD steht für eine moderne Politik, die Gerechtigkeit und wirtschaftlichen Erfolg verbindet. Für

eine Politik, die den Zusammenhalt gerade in Zeiten des Wandels sichert, für sichere Renten, bessere Bildungschancen und Lohngerechtigkeit. Bei Steuern und Abgaben will die SPD 80 Prozent der Menschen entlasten, Spitzenverdiener und reiche Erben sollen hingegen mehr beitragen. Und bei der Rente werden das Rentenniveau gesichert – ohne bis 70 arbeiten zu müssen, wie es die CDU will. Mütter und Väter sollen außerdem dabei unterstützt werden, partnerschaftlich Beruf und Familie vereinbaren zu können. Die SPD setzt sich in diesen unsicheren Zeiten für friedliche Konfliktlösung und Abrüstung ein – und nicht auf Aufrüstung wie die CDU.

Mit einer mutigen Politik für eine gute und gerechte Zukunft und dabei klarer Abgrenzung zur Union setzt die SPD auf eine Wechselstimmung im Land. Wenn wir in den nächsten Wochen alle mobilisieren und um jede Stimme kämpfen, **dann können wir es schaffen, stärkste Partei zu werden!**



Kurzfassung Regierungsprogramm:

Wir planen eine milliarden schwere Investitionsoffensive, um wirtschaftliche Innovationen zu fördern. Bis zum Jahr 2025 sollen **ca. 3,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts in Forschung und Entwicklung fließen**. Soziale Gerechtigkeit ist der Kernbegriff unseres SPD-Regierungsprogramms für die Bundestagswahl 2017.

Wir wollen die sachgrundlose Befristung von Arbeitsverträgen abschaffen. Wer in Teilzeit arbeitet, soll die Möglichkeit erhalten, in einen Vollzeit Arbeitsplatz zurückzukehren. **Frauen und Männer sollen durch das Lohngleichheitsgesetz für die gleiche Arbeit die gleiche Bezahlung erhalten**. Das Arbeitslosengeld I soll verlängert werden und das **Arbeitslosengeld Q** entsteh-

hen, das Arbeitslose während einer Weiterqualifizierung beziehen.

Untere und mittlere Einkommen wollen wir entlasten, große Erbschaften stärker besteuern und den **Spitzensteuersatz auf 45 Prozent anheben**. Der Solidaritätszuschlag ("Soli") soll ab 2020 für Jahreseinkommen bis zu 52.000 Euro entfallen, danach dann für alle Einkommen. Zudem soll der Spitzensteuersatz erhöht werden, aber erst ab einer höheren Einkommensgrenze gelten. Das Renteneintrittsalter von 67 Jahren soll bestehen bleiben. Die Mietpreisbremse soll verbessert und **der sozialen Wohnungsbau gefördert werden**.

Gegen extremistische Gewalt jeglicher Art, aber auch gegen Alltagskriminalität und Wohnungseinbrüche wollen wir hart vorgehen. **Dafür sollen 15.000 Stellen bei der Polizei entstehen**. Gesetzesverschärfungen sind kein alleiniges Heilmittel für uns Sozialdemokraten: Prävention, ein stärkerer gesellschaftlicher Zusammenhalt und die Arbeit der Sicherheitsbehörden sind die geeigneten Maßnahmen für die öffentliche Sicherheit.

Wir bekennen uns weiterhin **zum Asylrecht und einer humanen Flüchtlingspolitik**. Bis auf weiteres soll niemand nach Afghanistan abgeschoben werden. Den Zuzug von Fachkräften wollen wir mit einem Punktesystem regeln. Ein Einwanderungsgesetz soll Einwanderung aus wirtschaftlichen Gründen regeln. In Deutschland geborene Kinder ausländischer Eltern sollen weiter den Doppel-Pass erhalten.

In der Gesundheitspolitik stehen wir für eine **"Bürgerversicherung"**. Arbeitgeber und -nehmer sollen denselben Anteil in die Bürgerversicherung zahlen. Die Regelung soll auch für Beamte gelten. Ärztliche Behandlungen sollen für alle Patienten einheitlich vergütet werden.



Gesellschafts- und familienpolitisch wollen wir die **Kita-Gebühren abschaffen**. Das Ehegattensplitting soll zu einem "Familientarif mit Kinderbonus" werden. Außerdem soll es eine **Familienarbeitszeit** geben, die Eltern ermöglicht, weniger zu arbeiten. Mit der Familienarbeitszeit möchte die SPD die Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Pflege erleichtern. Familien erhalten zwei Jahre lang 150 Euro monatlich, wenn beide Elternteile zur Kindererziehung in Teilzeit arbeiten.

Bildung soll von der Kita über die **Ausbildung**, das Erststudium bis zum **Master-Studium** und zur Meisterprüfung gebührenfrei werden. **Die BAföG-Leistungen sollen ebenfalls erhöht werden**.

Wir Sozialdemokraten möchten in den Ausbau von Ganztagschulen investieren und einen **Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung** einführen. Um die Qualität von Schulen zu verbessern, soll es ein bundesweites Modernisierungsprogramm geben. Die Schüler sollen **mehr digitale Kompetenzen** erwerben und häufiger mit digitalen Lernmitteln arbeiten.

Wir stehen klar hinter der europäischen Idee: Wir Sozialdemokraten kämpfen **für mehr europäischen Zusammenhalt und Solidarität**. Die Verschuldung europäischer Staaten soll verringert, Reformen aber ermöglicht werden. Die Partei will ein soziales Europa stärken und ist für eine Wirtschaftsregierung für den Euro-Raum

Die SPD will weiterhin die Treibhausgasemissionen in Deutschland bis 2020 um 40 Prozent verglichen mit 1990 senken, bis 2050 um 80 bis 95 Prozent. Die Nutzung fossiler Energieträger soll auslaufen und der öffentliche Nahverkehr ausgebaut

werden. Wir lehnen Atomkraft ab, Kohle- und Gaskraftwerke werden dabei als Übergangslösungen angesehen. Die Sozialdemokraten stehen **für eine klimafreundliche Energiepolitik, die kostengünstig sein soll.**

Außenpolitisch wollen wir mehr Verantwortung übernehmen und **weltweit gezieltere, humanitäre Hilfe leisten.** Wir Sozialdemokraten sprechen sich für die UN, eine Partnerschaft mit den USA und eine Deeskalation mit Russland aus.

Wir stehen zudem **für Abrüstung und möchten deutsche Waffenexporte massiv einschränken.** Wir sind dagegen, pauschal zwei Prozent der Wirtschaftsleistung in Verteidigungsausgaben zu stecken, wie die NATO und die USA fordern. Friedenssicherung und Konfliktlösungen sind Kernpfeiler der SPD-Außenpolitik.

Wir wollen die EU-Beitrittsgespräche mit der Türkei nicht abbrechen, sehen **die Türkei aber für einen Beitritt in absehbarer Zeit nicht bereit.**

Weitere Infos zur Programmatik und Aktionen findest du im Netz unter:

- www.spd.de
- www.facebook.com/SPD/
- www.twitter.com/spdde
- www.youtube.com/user/SPDvision
- <http://sued.spd-bramfeld.de/>



Das Bündnis "Hamburg zeigt Haltung" hat die offizielle Route seiner Demonstration mit bis zu 10 000 erwarteten Teilnehmern am 8. Juli bekanntgegeben. Am letzten Tag des G20-Gipfels zieht die Demo durch die Innenstadt, die Abschlusskundgebung soll am Fischmarkt stattfinden. Das Bündnis, ein Zusammenschluss aus rund 200 Einzelpersonen, lehnt das G20-Treffen nicht grundsätzlich ab, will aber die demokratischen Werte in Deutschland unterstreichen.

"Es ist okay, dass der Gipfel in Hamburg stattfindet, gerade wenn man sich als weltoffene Metropole versteht", sagte Andreas Dressel, Vorsitzender der SPD-Bürgerschaftsfraktion, am Freitag. Dennoch sei es wichtig, dass es eine "Rückkopplung mit der Gesellschaft" gebe. Neben Umweltschutz, Menschen- und Frauenrechten sei das zentrale Thema die Stärkung des liberal-demokratischen Modells, betonte sein Grünen-Kollege Anjes Tjark.

Die Unterstützer, zu denen unter anderen Hamburgs Erzbischof Stefan Heße, Schauspielerin Marion Kracht und Ex-Bürgermeister Ole von Beust (CDU) zählen, lehnen jede Form von Gewalt ab. Stattdessen wollen sie Hamburgern die Chance geben, friedlich zu demonstrieren: "Von Kinderwagen bis Rollator sind alle willkommen", sagte Dressel.

